

26. JAN. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/17

Bonn, den 26. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|--|-----|
| 1 | Im Wahljahr geht es einfacher - und rascher

Wie der Verteidigungshaushalt gekürzt wurde
Von "Schwächung des Verteidigungspotentials" keine Rede mehr
Von Max Seidel, MdB | 49 |
| 2 | "Wahlstrategie" ...

... oder was sich der kleine Moritz darunter vorstellt | 49 |
| 3 | Atomplan mit Sprengkraft

"Streng geheim" wird der bayerische Freistaat verwaltet | 45 |
| 4 - 7 | Tagebuch einer ungewöhnlichen Reise

Mit einem deutschen Richter in Auschwitz
Von Inge Deutschkron | 164 |
| 7 | Wenn zwei dasselbe tun ...

"Privat"-Schulen bekommen mehr Geld in Bayern
Staatliche Schulen sollen warten | 25 |

26. Januar 1965

Im Wahljahr geht es einfacher - und rascher

Wie der Verteidigungshaushalt gekürzt wurde
Von "Schwächung des Verteidigungspotentials" keine Rede mehr

Von Max Seidel, MdB

Am Donnerstag vergangener Woche hatten der Haushaltsausschuß und der Verteidigungsausschuß in getrennten Sitzungen den Wehretat für 1965 beraten. Als am Abend der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses die Sitzung beendete, war der Ausschuß mit dem ersten Kapitel des Einzelplanes 14 fertig geworden. Diese Woche sollen die weiteren Kapitel des Einzelplanes 14 im Verteidigungsausschuß beraten werden.

Fast in der gleichen Abendstunde desselben Tages hatte aber der Haushaltsausschuß seine Beratungen über den g a n z e n Etat bereits abgeschlossen. Das Endergebnis lautet: Ersparnis von rund eine Milliarde DM im Wehretat einschließlich der generellen Ausgabenkürzung um fünf Prozent. Mit der erstmaligen großen Wehretatskürzung stand die Summe zur Verfügung, die nach der Absprache Erhard - Rehwinkel der Landwirtschaft als zusätzliche Anpassungshilfe für 1965 gewährt werden soll. Die notwendigen 770 Millionen DM sind auch im Einzelplan 10 Landwirtschaft vom Haushaltsausschuß sofort ausgewiesen worden. Der Verteidigungsausschuß kann sich die weiteren Beratungen über den Wehretat 1965 sparen, denn die erzielten Einsparungen des Haushaltsausschusses wird er doch in der zweiten Lesung des Bundeshaushaltes nicht rückgängig machen wollen. Oder hätte er seiner Sachkunde wegen die Absicht, weitere Einsparungen vorzuschlagen?

Wie die Beratung des Wehretats 1965 im Haushaltsausschuß bewies, sieht im Wahljahr doch manches anders aus. Sonst legte die Koalition großen Wert darauf, daß der Beratung des Wehretats im Haushaltsausschuß erst die sachkundige Beratung des Etats im Verteidigungsausschuß voranging. Das Urteil des Verteidigungsausschusses war meist die Hilfsbrücke, mit der vor aller Änderungswünsche der SPD durch die Koalition im Haushaltsausschuß zurückgewiesen wurden. Diesmal war diese Vorberatung nicht gefragt. Die Absprache Erhard - Rehwinkel bestimmte das Gebot des Handelns.

Ohne Rücksichtnahme auf den Verteidigungsausschuß wurden die Einsparungen im Eilschritt vollzogen. Weder der Verteidigungsminister noch sein Staatssekretär erhoben Einwände, von Zustimmung mit "schwerem Herzen" war im Ausschuß überhaupt nicht die Rede. Lediglich die Sachbearbeiter des Verteidigungsministeriums erhoben pflichtgemäß Bedenken, hatten aber bei den Streichungen der großen Einzelpositionen keinen Erfolg, denn die Regierungsparteien wußten es besser. Um der Haushaltslage im Jahr 1965 mit 63,9 Milliarden DM gerecht zu werden, löste man die Kürzung des Wehretats mit der Zauberformel "Streckung der Programme im Wehretat". Und das ging und geht, wer hätte das gedacht. Die SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß hat den Kürzungen natürlich zugestimmt.

Wie sah das in den vergangenen Jahren aus? Alle Überlegungen der SPD bei viel bescheidener Inanspruchnahme der Mittel aus dem Wehretat z.B. zu Gunsten von Wissenschaft und Forschung oder zur Verbesserung der zivilen Verteidigung wurden von den Regierungsparteien stets mit der Begründung abgelehnt, dies würde die Schwächung des Verteidigungspotentials der Bundesrepublik bedeuten. So schwarz konnte man den Ernst der Lage an die Wand malen! Im Wahljahr 1965 aber springt die Koalition ohne zu erröten über diese Hürde. Im Wahljahr geht auch dies einfacher, und rascher.

"Wahlstrategie"

... oder was sich der kleine Moritz darunter vorstellt

ps - Frohe Kunde kommt aus dem Lager der Regierungsparteien. Sie wollen jetzt - wie überraschend! - die Gemeinschaftsaufgaben ihrer Lösung näherführen. Die schlechte Luft in unseren Industriegebieten soll energisch bekämpft werden, die schmutzigen Industrieabwässer sollen den Anblick und den Duft lieblicher Gebirgsbäche erhalten. Eigentümern will man streuen, damit Herr Jedermann sagen kann, nicht nur die Anzahl der Millionäre wachse, sondern auch sein eigenes Sparkonto. Und was die Straßen anbetrifft, so wird man nach rigoroser Beseitigung aller Verkehrssünder zunächst einmal bei der Verkehrspolizei sparen, indem man die Streifenwagen nur mit einem Beamten besetzt. Das hierbei eingesparte Geld wird dazu verwendet, um hochqualifizierte Straßenbauexperten einzustellen, die den Auftrag erhalten, noch vor der Bundestagswahl Pläne zur Beseitigung der Verkehrsnot aufzustellen.

Mit einem gewaltigen Aufwand an Propaganda wird die modernste Raumordnung aller Zeiten "betrieben". Stadt und Land sollen sich die Hand reichen, und damit niemand zu kurz kommt, werden mit Hilfe von "Initiativanträgen" in Vorgriff auf den Bundeshaushalt 1966 Mittel bereitgestellt, die den Bau von Schulen und Krankenhäusern in Zukunft garantieren sollen.

So ganz nebenbei wird gefordert, die Sozialdemokraten sollten den stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Karl Wierand, zurückziehen. Als geradezu ungeheuerlich wird der Gedanke Willy Brandts bezeichnet, man sollte sich überlegen, wie das Wirtschaftsgefälle zwischen West und Ost ausgeglichen werden könne. Daß dieser Mann überhaupt Gedanken äußert und sich nicht damit begnügt, Verwaltungsakten herumzuschieben, ist selbstverständlich eine Anmaßung. So plätschert es durch die Gazetten, wobei man sich gibt, als habe man jeden Tag etwas ganz Neues erfunden.

Im Hintergrund aller dieser auf den Wahlkampf zugeschnittenen Parolen steht folgende einfache Überlegung: Wenn die Regierungsparteien großartige Deutschlandinitiativen ankündigen, aus denen nichts wird, dann ist das eine vaterländische Tat, die nur deshalb keine Früchte tragen konnte, weil die bösen Freunde es nicht wollten. Sagt dagegen ein Sozialdemokrat etwas über die Notwendigkeit, die Deutschlandpolitik zu aktivieren, dann ist das eine Unverwahrtheit, wenn nicht gar noch etwas Schlimmeres.

Wenn die Regierungsparteien, die ja bekanntlich seit 15 Jahren mit ihrer parlamentarischen Mehrheit alles hätten tun können, was sie jetzt einige Monate vor der Wahl angeblich verwirklichen wollen, die Lösung der Gemeinschaftsaufgaben fordern, dann ist das auch wieder eine vaterländische Tat. Erinnern jedoch die Sozialdemokraten daran, welche sozialen Fortschritte bei ständig verbesserter Konjunktur erreicht werden können, dann ertönt bestimmt eine schreckliche Warnung vor der "Inflation".

So wird es noch eine Weile weitergehen. Die Regierungsparteien und mit ihnen die Regierung spekulieren auf die Vergesslichkeit der Bürger. Das ist a u c h eine Methode. Wir meinen jedoch, daß die Wahlstrategen der CDU/CSU und FDP ihre Rechnungen ohne den Wirt gemacht haben.

Atomplan mit Sprengkraft

Streng geheim wird der bayerische Freistaat verwaltet

Rw. - Das erhebliche Rauschen im Blätter- und im grünen Wald um München, das dieser Tage bis auf den Bildschirm drang, hätte zweifellos vermieden werden können. Am 1. Dezember des Vorjahres hatte die SPD-Abgeordnete Dr. Haselmayer im Landtag angefragt, ob es zutreffe, daß im nahe der Landeshauptstadt gelegenen Ebersberger Forst Terrain an die Bundeswehr abgetreten werde. Etwas sonderbar formuliert, aber für parlamentarisch geschulte Menschen scheinbar verständlich, wurde der neugierigen Abgeordneten geantwortet, "eine Meinungsbildung zu einem eventuellen Ersuchen sei derzeit nicht veranlaßt".

Aber eine "Meinungsbildung" war tatsächlich in der Regierung im Gange. Allerdings durften offenbar nicht alle Minister mitran, denn als man schließlich darauf kam, in diesem Forst sei doch etwas los, etwas geplant, da äußerte man sich von verschiedenen Seiten recht verschiedenartig. Die nächstzuständige Naturschutzbehörde - der Wald steht unter Naturschutz - wußte überhaupt nichts von dem Staatsgeheimnis, daß die Europäische Atomorganisation - in der internationalen Kürzelschrift als CERN bekannt - Boden für eine großartige Anlage sucht, ein Synchrotron, das, so heißt es, 1.500 Gelehrte und 2.000 Studenten nach München bringen würde.

Obwohl die bayerische Staatsregierung keineswegs immer derart von Fortschritt und Bevölkerungsvermehrung der Landeshauptstadt begeistert ist, wurde der Ministerpräsident diesmal direkt lyrisch, als ihn der Rundfunk über dieses Projekt befragte. Im Verlauf von durcheinander gehenden Erklärungen fand der bayerische Untertan schließlich doch heraus, es sei schon recht lange von diesem Synchrotron der CERN die Rede, da man neun Monate lang im Bereich unseres kleinen gewundenen Kontinents nach geeigneten Standplätzen gesucht und entsprechende Untersuchungen vorgenommen habe. Diese Untersuchungen in unmittelbarer Nähe waren es wohl auch, die in der Gegend von Ebersberg das Gerücht aufkommen ließ, die Bundeswehr wolle da Bäume abholzen und Wildschweine vertreiben.

Mit einem mehr auf Fingerhacker als auf die Beachtung der Öffentlichkeitsarbeit bedachten Feingefühl wurde dementiert, obwohl man genau wußte, worum es eigentlich ging. Zwar wird jetzt gesagt, eine gesetzliche Geheimhaltungspflicht habe nicht bestanden. Aber behandelt wurde das Informationsersuchen an Bayern, ein geeignetes Gelände für das - eventuell zu bauende - Synchrotron zu suchen, wie eine geheime Reichssache im Kriege.

Es war natürlich leicht vorauszusehen, daß nicht nur die Anrainer aus Ebersberg, sondern auch die Städter in München gegen eine Freigabe auch nur eines Teils dieses Forstes Sturm laufen würden. Wenn man schon, wie der bayerische Ministerpräsident Goppel, glaubte, man müßte dem Fortschritt dienen und das Randgebiet der Millionstadt abholzen, dann hätte man in eigenen Interesse mit etwas weniger Geheimnisräumerei zweifellos weniger Sturm gerätet.

Tagebuch einer ungewöhnlichen Reise

Mit einem deutschen Richter in Auschwitz

Von Inge Deutschkron

Frankfurt, 12.12.1964

In der Halle des Frankfurter Flughafens stehen 22 Herren. Ihre sportliche Winterkleidung läßt auf einen Skiausflug schließen. Man lächelt einander zu, hört die neuesten Wettermeldungen, die einen Abflug für Stunden ausschließen, erzählt sich Witzchen und blinzelt ab und zu in die Fernsekkameras, wohl wissend, daß sie eigentlich nur einem von ihnen gelten: Dr. Franz Bernhard Lucas, ehemaliger Lagerarzt im Konzentrationslager Auschwitz, der sich als einziger Angeklagter im Auschwitz-Prozeß (ihm werden Selektionen vorgeworfen) bereit fand, mit dem Vertreter des Frankfurter Schwurgerichtes, Amtsgerichtsrat Walter Hotz, den drei Staatsanwälten Grossmann, Kügler und Wiese und elf Verteidigern die Reise nach Auschwitz anzutreten. Das Ziel dieser Reise ist "Einsaugenscheinnahme" des ehemaligen Vernichtungslagers. Es ist kein Lokaltermin, bei dem das gesamte Gericht und alle Angeklagten anwesend sei müßten. Politische und technische Schwierigkeiten standen nach Meinung der deutschen Behörden einem solchen Unterfangen im Wege. Nun reiste man also leger und freiwillig. Als die österreichische Fluggesellschaft den Vorschlag machte, wegen des schlechten Wetters die erste Etappe nach Auschwitz im Autobus zurückzulegen, stürzen alle, froh der Untätigkeit entronnen zu sein, zum Flugschalter. "Hier wäre ein Kaduk (1) nötig, die Grönung herzustellen", läßt sich ein Verteidiger vernehmen und ist überzeugt, davon, einen Witz gemacht zu haben.

Die Dunkelheit im Bus macht die Herren schläfrig. Nur einmal sind sie mit einem Satz hoch. Ein amerikanischer Lastwagenfahrer hätte beinahe einen schweren Unfall verursacht. "Verdammtes Amischwein", brüllt einer aus tiefster Seele. Im Stuttgarter Flughafenrestaurant besänftigt die reichhaltige Speise- und Weinkarte die Gemüter. Im Flugzeug nach Wien nimmt man auch noch das zweite Abendbrot mit Genuß zu sich.

Wien, 13. 12. 1964

In Wien ist die "Herrenpartie" um Mitternacht ein wenig mitgenommen eingetroffen. Wahrscheinlich tröstete es sie, daß sie mit diesem Umweg - Frankfurt-Stuttgart-Wien-Warschau-Krakau - der Hallstein-Doktrin ihren Tribut gezollt haben. Das Vaterland mag ruhig sein. Die deutsche Gerichtsbarkeit hat den kommunistischen Teil Deutschlands keine Anerkennung gezollt, indem es ihn auf strapaziöse Weise, aber eben doch umging. Manche der von Schmissen entstellten Gesichter der Verteidiger wirken an diesen Morgen noch härter: Wien soll des Nachts manches zu bieten haben. Die österreichische Fluggesellschaft nimmt darauf Rücksicht und setzt den Abflug ihres Charter-Flugzeuges - die polnische Fluglinie lehnte den Flug am Sonntag ab (aus religiösen Gründen?) - für eine zivile Zeit fest. "Antreten zum Appell", schnarrt ein Verteidiger grinsend, als sich die Gruppe müder Herren nur langsam fortbewegt. "Sie sind müde?", fragt ein anderer seinen Nachbarn süffisant. "schade, daß Klehr (2) nicht unter uns ist, er hätte Ihnen schon die richtige Injektion verpaßt!" Ist dies der Ausdruck innerer Abwehr gegen etwas, vor dem man sich insgeheim fürchtet?

(1) Oswald Kaduk, ehemaliger Rapportführer in Auschwitz, ist einer der Hauptangeklagten im Auschwitz-Prozeß, der grauenhafter Morde beschuldigt wird.

(2) Josef Klehr, ehemaliger Sanitätsdienstgrad (SDG) in Auschwitz, wird Tausender von Tötungen durch Phenolinjektionen beschuldigt.

Warschau. 13.12.1964

An der Gangway steht Professor Dr. Jan Sehn, Direktor des kriminologischen Instituts der Universität Krakau und Untersuchungsrichter im ersten Auschwitz-Prozeß in Krakau im Jahre 1945 "gegen Hoess und andere", er schüttelt jedem die Hand, auch dem Angeklagten Lucas. Das verwirrt ein wenig, ebenso der Anblick der Warschauer Straßen, die noch deutlich die Spuren des schrecklichen Krieges zeigen. Im vornehmen Hotel Europejski macht man erste Bekanntschaft mit der polnischen Bürokratie. Papier für die Ankunft, Papier für die Devisen, Papier für den Bus, Papier für Auschwitz, Papier ... Spitze Bemerkungen über Sozialismus und Planwirtschaft sind zu hören. Hier trennt man die Presseleute von den Prozeßbeteiligten, so wie es der Wunsch der deutschen Richter war, die eine Behinderung ihrer Arbeit befürchteten; denn mit den polnischen Pressevertretern haben sich schließlich fast 200 Zeitungsleute aus aller Welt für die "Inaugurationsreise" zusammengefunden. Sechs Stunden geht es im Bus von Warschau nach Krakau. Weitere zwei am nächsten Morgen von Krakau nach Auschwitz, überall begleitet von 100 polnischen Sicherheitsbeamten, aber die Bevölkerung nimmt nicht viel Notiz von der "Reisegesellschaft".

Auschwitz. 14.12.1964

Im ehemaligen SS-Lazarett von Auschwitz übergibt Professor Sehn als Vertreter des polnischen Justizministeriums dem deutschen Richter die Befehlsgewalt über die polnische Sitzungspolizei. In einer Gedekminuten im Hof des Blocks 11 vor der Schwarzen Wand, an der Tausende erschossen wurden, ehrt man die Opfer von Auschwitz - auch Lucas nimmt den Hut vom Kopf. Dann fährt man zunächst in das nahe gelegene Birkenau. Genau an der Stelle der Rampe, an der einst die Selektionen für Tod und Leben stattfanden, steigen die Prozeßbeteiligten aus ihrem Bus und beginnen ihre Arbeit. Richter Hotz hat eine Liste von 32 Punkten, die hier an Ort und Stelle geklärt werden sollen. Zeugenaussagen, die hier wiederlegt oder erhärtet werden können. Man mißt, man fotografiert. Von wo aus waren die Geschehnisse auf der Rampe klar zu beobachten? In den Ruinen der Waschanlage prüft man die Wasseranlagen. Wo konnte der Schlauch zu Mordzwecken angeschlossen werden? Hoch herrscht Skepsis unter den Herren aus Deutschland: Richter Hotz diktiert seinen Protokollführer: "Hier steht das Gericht vor einer der Verbrennungsgruben, die mit Asche von Leichen angefüllt ist ..."; "sein soll", unterbricht ein Verteidiger und bemerkt, daß er nur bereit sei, einem Fachmann zu glauben, daß es sich um Asche dieser Art handle. Bei der Prüfung der Sichtmöglichkeiten deutet ein Verteidiger auf einen Baum, der "ohne Frage die Sicht behinderte". Darauf hingewiesen, daß dieser Baum zur Zeit des Geschehens erst zwei Jahre alt und dementsprechend sehr klein gewesen sein muß, gibt er sich zaudernd zufrieden. Lucas, über Einzelheiten befragt, klagt auch hier noch über sein schlechtes Gedächtnis. "Es ist doch so lange her ..." Nach diesen Prüfungen wandeln die Herren zwischen den nackten Schornsteinen umher, die, da die SS noch 1945 ihre Spuren zu tilgen suchte, als einzige Überbleibsel vieler stahlähnlicher Unterkünfte wie drohend in den Himmel ragen. Grauer Horizont und die harte lehmige Landschaft bestimmen die Atmosphäre. An den Ruinen der Krematorien und der Gaskammern entdeckt man noch deutlich den technischen Perfektionismus der Mordmaschinerie. Rationalisierung war hier die Devise. Wer hatte dies erdacht - sicher nicht die Bogers und Kaduks, die heute in Frankfurt auf der Anklagebank sitzen! Richter Hotz steht sekundenlang versunken vor einem Wiesenblümen; wie absurd ist seine Existenz in der Landschaft des Todes. Eine schwedische Journalistin findet auf der Rampe ein deutsches Fünfpfennigstück aus dem Jahre 1940. Ein israelischer Journalist zieht angekokelte Fetzen eines jüdischen Gebetbuches aus einer Grube hervor. Die Worte der Totengebete sind noch zu entziffern.

Auschwitz. 15.12.1964

Im Block III des Stammlagers (Auschwitz I) muß einer der zwei Frankfurter Justizbeamten in einer Stehzelle singen: "Sah ein Knab' ein Röslein stehn..." Man will beweisen, daß man in den benachbarten Zellen das Geschehen in den Stehturkern verfolgen konnte. Ein Todeskandidat hatte nach Zeugenaussagen kurz vor seinem Ableben gesungen. Wie ein Echo hallt es durch den Block. 90 x 95 cm ist eine Stehzelle, in der bis zu vier Menschen eingesperrt wurden; Einschlußloch ist 50 x 78 cm groß, meldet der Beamte. Die Mehrzahl der Anwälte hat schon genug von diesem grausigen "Spiel" und wendet sich ab, als man im Block 20 die Türöffnungen zu messen beginnt, um zu prüfen, ob dies wohl noch die gleiche Tür sei; die damals den "Acspritzer" Klehr bei seiner Tätigkeit abschirmte. "Für mich war die Inaugenscheinnahme schon beim Betreten des Lagers beendet", sagt mir ein Verteidiger. Die Enge des Lagers, in dem schließlich Tausende von Häftlingen leben mußten, habe ihn davon überzeugt, daß keines der Ereignisse der Aufmerksamkeit der Häftlinge entgehen konnte. "Nicht drei Tage hätte ich hier überlebt", murkelt ein Anwalt neben mir und fröstelt in der feuchten Luft, die von der Sole (einem Nebenfluß der Weichsel) und den Sumpfgeländen ringsum aufsteigt.

Auschwitz. 16.12.1964

Noch einmal prüft, mißt, photographiert man: den Blick zum Krematorium I, den Block von der Blockführerstube, den Blick vom Zimmer des Adjutanten. "Hier komme ich wieder her, aber mit meiner 14jährigen Tochter", schwört der Anwalt Kaduka. "Sie muß sehen, wohin dieser Irrsinn geführt hat." Eine kurze Zeremonie, in der die Deutschen Dank sagen und der Richter Hotz den Befehl über die polnische Sitzungspolizei an die polnischen Behörden zurückgibt, beschließt die Inaugenscheinnahme. Die Besichtigung des Museums und der Film über die Befreiung des Lagers werden angeboten. Keiner der Deutschen wagt es, sich dieser Aufforderung zu entziehen. Und hier geschieht es: Der Anblick der Kinderschuhe, des Frauenhaars, der Krücken, der zurückgelassenen Koffer reißt denen die Maske herunter, die wie verbissen nicht hatten glauben wollen, was Auschwitz, was Treblinka, was Maidanek waren. Es zerbricht die anderen, die es gehört und auch gewußt, aber der Bequemlichkeit halber aus dem Gedächtnis verdrängt hatten. Die Anonymität des Mordes ist dahin. Der Koffer der Clara Sara Nadclmann, aus Berlin W 15, Kantener Straße 2, läßt keine Spekulationen mehr zu über das Schicksal eines Menschen, der Auschwitz erreichte.

Kaduka Anwalt weint wie ein kleines Kind. Die anderen taumeln fast aus dem Kinosaal. Richter Hotz kann nicht sprechen. Die Augen drücken die Not aus, die ein Mensch empfindet, wenn er vergebens nach einem Hoffnungsschimmer sucht. Am Abend im Hotel in Krakau löst sich die Spannung. Selbst die skeptischen unter den Anwälten geben zu, wie wichtig dieser Besuch in Auschwitz für den Prozeß und für sie selber gewesen sei. Ein Jahr Auschwitz-Prozeß mit seinen schrecklichen Anklagen hatte also nicht ausgereicht, der Phantasie der Menschen das wahre Bild dieser perfektionistischsten Mordmaschine aller Zeiten zu vermitteln. Dr. Lucas, der sich zu Beginn der Reise nie über Einsamkeit beklagen konnte, wird jetzt kaum noch beachtet.

Warschau. 18.12.1964

Es ist in der Tat eine veränderte Gesellschaft, die nach aberkalliger sechsstündiger Busfahrt in Warschau aussteigt, um über Wien nach Frankfurt zurückzufliegen. Die meisten sind sehr schweigsam und in sich

gekehrt, es ist, als sei irgend etwas in ihnen zerbrochen. Ein mühsam aufgerichtetes Lügengebäude oder gar ein nazistisches Rückgrat? Der Frankfurter Anwalt Henry Ormond, der im Auschwitz-Prozeß 15 Nebenkläger vertritt und auf dessen Anregung die Inaugenscheinnahme zurückgeht, wurde von polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz (ebenfalls einem ehemaligen Auschwitz-Häftling) empfangen. Der Dank Polens wurde ihm ausgesprochen - ist ihm auch der Dank des Vaterlandes gewiß? Er erhielt die Zusicherung, man werde die übrigen Richter und Geschworenen des Frankfurter Gerichtes, die nicht mitgereist waren, nach Beendigung des Prozesses nach Auschwitz einladen, "damit sie vergleichen können, ob ihre Urteile mit der Wirklichkeit übereinstimmen".

Entnommen aus GEIST UND TAT, Januar 1965

+ + +

Wenn zwei dasselbe tun ...

"Privat"-Schulen bekommen mehr Geld in Bayern
Staatliche Schulen sollen warten

Es - Hinsichtlich der sogenannten Privatschulen ist man im Lande Bayern stets großzügig gewesen. Und jetzt will man noch großzügiger werden. Das in verkühdlicher Sprachprägung "Privatschulleistungsge-
setz" genannte Gesetz soll novelliert werden. Die Privatschulen brau-
chen mehr Geld, und der Kultusminister meint, wenn man ihnen mehr
Geld gebe, spare man Geld. Eigene staatliche höhere Schulen seien
viel teurer.

Es geht in erster Linie um Mittelschulen und höhere Schulen, die
zum weitaus größten Teil konfessionelle oder Klosterschulen sind, die
dem katastrophalen Mangel beispielsweise an höheren Schulen für Mäd-
chen abhelfen sollen. Natürlich entstehen bei diesem Zustand aller-
lei Komplikationen. Es gibt Mädchen, die einer anderen als der Kon-
fession der Klosterschulen angehören und daher in ihrer Ausbildung
gehindert werden.

Aber es ist billiger, meint das Ministerium; was keineswegs nach-
gewiesen sein dürfte. Wie dem auch sei, auf jeden Fall ist klar, daß
diese Schulen Geld brauchen; also soll der Landtag es bewilligen.

Als nun aber die Sozialdemokraten meinten, auch die - eben wegen
des schon erwähnten Mangels an staatlichen höheren Schulen - von grös-
seren Gemeinden betriebenen Schulen bedürften der staatlichen Unter-
stützung, war man hohen Mertes plötzlich ganz anderer Ansicht. Nein,
das ginge nicht, das sei sachlich nicht zu rechtfertigen und über-
dies müße man erst Deckung für diese Ausgaben finden.

Wenn zwei dasselbe tun, ist es eben nie dasselbe, auch nicht im
bayerischen Landtag. Beiläufig, in den größeren Gemeinden, die hier
in Frage kommen, werden allzu oft die falschen Stimmzettel abgegeben.

+ + +